

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 21. Ratssitzung vom 14. November 2018

558. 2018/267

Weisung vom 11.07.2018:

Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Realisierung des Energieverbunds Altstetten und Höngg-West wird ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 128 700 000.– bewilligt.
2. Die örtliche Feinerschliessung (Verdichtung) in den Gebieten Altstetten-Mitte und Altstetten-Süd erfolgen als eigenständige Projekte in Kompetenz der jeweils zuständigen städtischen Instanzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Matthias Probst (Grüne): Der Rat hat am 25. Januar 2018 einen Projektierungskredit von 5,6 Millionen Franken für die Planung eines Energieverbunds in Altstetten und in Höngg-West gesprochen. Im Verbundsgebiet sollen die Wärmequellen, die vor allem im Werdhölzli vorhanden sind, genutzt werden. So ist es auch in der Energierichtplanung eingetragen. Nun liegt das grosse Projekt im Umfang von 128,7 Millionen Franken vor. Es handelt sich um den Ausbau eines grossen Energieverbunds, mit dem ein beachtlicher Teil von Zürich-West abgedeckt werden kann. Wir werden zwei Energiequellen anzapfen: Das Wasser nach der ARA Werdhölzli und die Klärschlammverwertungsanlage. Bei der ersten Quelle besteht ein Potenzial von rund 264 Gigawattstunden pro Jahr. Bisher wurden dort einzig 15 % genutzt. Die zweite Energiequelle ist die Klärschlammverwertungsanlage, wo der Klärschlamm des gesamten Kantons verbrannt wird. Dort beträgt das Potenzial rund 40 Gigawattstunden pro Jahr. Die Restenergie der Klärschlammverwertungsanlage wird im Werdhölzli selber für Prozesswärme gebraucht. Das entstehende Biogas wird in der städtischen Biogasanlage verwendet. Inzwischen sind genügend Zusagen von Gebäudeeigentümern für den Betrieb eines kostendeckenden Netzes vorhanden. Es geht nun um drei Teilprojekte nebst der Anlage selber, aus der man die Abwärme bezieht: erstens Altstetten-Nord und Grünau sowie zweitens der westliche Teil von Höngg. Langfristig geht es auch darum, in Altstetten-Süd einen Anschluss zu machen, mittelfristig auch in Altstetten-Mitte. Insbesondere geht es auch um den Energieverbund Flurstrasse, der bereits besteht und den man weiter ausbauen und mit Wärme versorgen kann. In diesen Gebieten soll mindestens 70 % erneuerbare Energie geliefert werden. 80 % wäre das Ziel. 70 % der Energie, die zu den Haushalten geliefert wird, wird somit künftig aus den beiden vorher genannten Quellen stammen. Der Rest der Haushalte – und das führte in der Kommission zu Kritik – wird nach

wie vor fossil nachgeheizt. Ich gehe davon aus, dass entsprechende Bemühungen unternommen werden, damit der Wert der gelieferten erneuerbaren Energie in Zukunft noch weiter erhöht werden kann. Ich bin sicher, dass auch aus dem Rat noch entsprechende Vorstösse kommen werden. Weiter ist vorgesehen, dass es ein Anschlussangebot geben soll für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer. Es besteht keine Anschlusspflicht. In der Region, in der das Netz gebaut wird, existiert heute primär eine Gasversorgung. Diese wird sich langfristig aus diesem Gebiet zurückziehen. Als Hauseigentümer tut man gut daran, sich möglichst rasch ans Netz anzuschliessen, insbesondere dann, wenn man das eigene Heizungssystem ohnehin ersetzen müsste. Die Preise sind sehr attraktiv. Wir werden im darauffolgenden Postulat fordern, dass man überall die gleichen Preise anbietet. Es gibt auch die Möglichkeit, dass man eine Anschlusspflicht einführen könnte. Das ist aber nicht vorgesehen. Es gibt allerdings gesetzliche Grundlagen vom Kanton dazu. Es können rund 30 000 Haushalte an den Verbund angeschlossen werden. Das entspricht rund 150 000 Gigawattstunden pro Jahr und am Ende 570 Watt Dauerleistung pro Haushalt. In einer 2000-Watt-Gesellschaft sollte man etwas weniger brauchen fürs Heizen. Ich hoffe, dass die Haushalte noch effizienter werden. Das System kann im Übrigen auch Kälte im Umfang von rund 32 000 Gigawattstunden liefern. Das wird immer mehr ein Thema werden. Man kann auch die neue Eishockeyarena anschliessen und dort eine Energiezentrale anhängen. Bis 2020 sollen die ersten Liegenschaften erschlossen werden, bis 2022 auch in Altstetten-Mitte und bis 2023 in Altstetten-Süd. Das Geschäft wurde schon einmal im Rat behandelt. Damals wurde es zurückgewiesen. Es war vorgesehen, eine AG zusammen mit ewz und Energie 360° zu gründen. Dies führte zu Kritik bezüglich der Eigentümerschaft, da noch nicht wirklich geklärt ist, welche Funktion die beiden Betriebe künftig in der Stadt haben werden. In der neuen Vorlage wird das ewz die alleinige Eigentümerschaft sein und das Netz auch bauen. Für die Feinerschliessung – wenn sich ein Cluster-Haushalt anschliesst – könnte durchaus auch Energie 360° zum Zug kommen. Auch das gab Anlass zu Diskussionen in der Kommission. Man kam aber zum Schluss, dass man, wenn man ohnehin die Reorganisation ins Auge gefasst hat, dies nicht in dieser Weisung lösen muss. Wenn wir mit dem Ganzen allerdings noch länger warten, werden wir Haushalte verpassen, die jetzt ihre Heizsysteme ersetzen und dann vielleicht für 15 Jahre wieder mit Öl oder dergleichen heizen. Die Mehrheit der Kommission hält es für ein gut aufgelegtes Geschäft. Es braucht in Zukunft vielleicht noch die eine oder andere Feinjustierung. Man ist aber grundsätzlich einverstanden, dass ausgebaut wird. Es ist gut, dass in diesem Gebiet, in dem es energietechnisch eher schwierig ist, erneuerbare Quellen zu öffnen, ein Angebot geschaffen wird, das ökologisch die Häuser erwärmen und kühlen kann.

Kommissionsminderheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): *Es wird bisher tatsächlich nicht die ganze Energie genutzt. Das ist nicht ideal. Ich bin deshalb grundsätzlich mit der Idee einverstanden. Mit der Umsetzung des Projekts sind wir aber nicht gänzlich einverstanden. Der Rat hat eine Viertelmilliarde Franken für eine Verbindungsleitung vom Hagenholz in die Josefstrasse bewilligt. Bereits dort haben wir kritisiert, dass es ein riskantes Projekt sei. Nun will man*

sich ins nächste Multimillionen-Projekt stürzen und über 100 Millionen in einen Energieverbund investieren, von dem wir noch nicht wissen, wie er sich wirtschaftlich entwickeln wird. Die SVP hat grosse Zweifel, dass sich in diesem Gebiet freiwillig genügend Leute finden werden, die diese Energieform beziehen werden, ohne dass man einen Zwang ausübt. Wir glauben, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis man einen Zwang ausüben wird. Das lehnen wir ab. Neue Technologien sind immer riskant. Wenn ein grosser gemeinschaftlicher Nutzen besteht, kann es Sinn machen, dass der Staat gewisse Projekte oder Pilotprojekte vorfinanziert. Das soll aber immer nur ein erster Schritt sein. Wo immer möglich soll die Privatwirtschaft handeln und Angebote machen. In unseren Augen ist es keine Kernaufgabe einer Gemeinde, ökologische Heizenergie bereitzustellen. Diese Aufgabe sollen Private ausführen. In der Diskussion zum Projektierungskredit stand die Idee im Raum, eine Betreibergesellschaft in Form einer AG zu gründen. Das wäre ein guter Schritt gewesen. Wenn das Projekt rentiert hätte, hätte man nach einer gewissen Innovationsphase, die die Stadt hätte übernehmen können, Private für die Weiterführung des Projekts suchen können. Man müsste es dann nicht durch das ewz weiterführen. Hier hätten wir ein weiteres Beispiel dafür, wie sich der Staat selber einen Markt schafft. Ein grosser Teil des Projekts beruht zudem auf der Nutzung der Abwärme der Klärschlammverbrennung. Dort begeben wir uns in eine Abhängigkeit des Kantons. Die Nutzung der Klärschlammverbrennung basiert auf einer kantonalen Konzession. Ob wir diese in zehn bis zwanzig Jahren noch haben, wissen wir nicht. Was passiert und was es kostet, wenn plötzlich der Energieträger eines Fernwärmenetzes wegfällt, sehen wir an der Josefstrasse. Die Stadt soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und nicht als Grossinvestor im Bereich Energiedienstleistungen auftreten.

Weitere Wortmeldung:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Die Vorlage basiert ursprünglich auf der Energieplanung der Stadt Zürich, die für das gesamte Stadtgebiet festlegt, wo welcher Energieträger genutzt werden soll, um Wärme zu gewinnen. Die nun genannten Bereiche wurden bereits 2016 beschlossen. Der Energieverbund ist ein wichtiger Schritt in Richtung Reduktion von Treibhausgasen, insbesondere bezüglich des CO₂-Ausstosses. Man könnte damit rund 30 000 Haushalte mit Wärme beliefern und rund 13 Millionen Liter Heizöl sparen. Wir können damit einen guten Beitrag leisten. Natürlich sind 130 Millionen Franken ein stattlicher Betrag. Die Risiken für das ewz sind aber überschaubar. Man hat bereits Eigentümerinnen und Eigentümer, die für diesen Betrag teilnehmen wollen. So kann ein kostendeckender Betrieb sichergestellt werden. Auch die Eigentümerinnen und Eigentümer müssen natürlich etwas davon haben. Es ist eine Art Rundum-Sorglos-Paket, vor allem, wenn man sich auf eine sichere und klimaschonende Wärmeversorgung einstellen möchte. Man kann auch die Energiekosten langfristig planen. Wenn man einen Gasrückzug angeht, muss man selbstverständlich genügend lange Übergangsfristen vorsehen. Wir hatten in Zürich-Nord eine entsprechende Diskussion. Im nun vorliegenden Projekt gehen wir von einer Übergangsfrist von 15 Jahren aus. Natürlich kann man ar-*

4 / 5

gumentieren, der Staat solle nicht Fernwärme produzieren. Doch gerade bei Klärschlamm und Abfall ist es etwas inhärentes, vom Kanton geplantes. Für Fernwärme macht es primär dort Sinn, wo dicht besiedeltes Gebiet vorhanden ist. Genau deswegen hat der Kanton den Abfall und den Klärschlamm dort konzentriert. Die Vorlage entspricht einem Gemeinderatsauftrag. Gebaut wird unter dem Lead des ewz. Die Debatte hat schon damals gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen ewz und Energie 360° von zentraler Wichtigkeit ist. Auf diese Art und Weise haben wir die Möglichkeit, Gaskunden frühzeitig anzusprechen, so dass man die Fristen richtig planen und die Umstellung rasch vollziehen kann. Würden wir nicht kooperieren, ginge es länger. Damit ist niemandem gedient. Wir haben zwei sehr gut funktionierende Energieunternehmen. Die einen liefern Dividenden, die anderen eine Abschöpfung. Sie tragen relativ gut zum städtischen Haushalt bei. Mit den 130 Millionen Franken werden wir die Gebiete betriebswirtschaftlich sinnvoll mit Fernwärme erschliessen können. Wir können neu den Klärschlamm nutzen. Es ist eine sinnvolle, praktikable und wirtschaftliche Lösung, wie wir Schritte in Richtung Reduktion des CO₂-Ausstosses machen können.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Guido Hüni (GLP), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Minderheit: Dubravko Sinovcic (SVP), Referent

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Realisierung des Energieverbunds Altstetten und Höngg-West wird ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 128 700 000.– bewilligt.
2. Die örtliche Feinerschliessung (Verdichtung) in den Gebieten Altstetten-Mitte und Altstetten-Süd erfolgen als eigenständige Projekte in Kompetenz der jeweils zuständigen städtischen Instanzen.

5 / 5

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss
Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat